



Umstadt im Blickpunkt

Jahreswechsel: Zeit für Rückblick und Ausblick

Trotz der Finanzkrise, die auch Groß-Umstadt getroffen hatte, ist in unserer Stadt viel passiert. Die größte und wichtigste Investition der letzten beiden Jahre war die Errichtung einer fünfgruppigen u3-Einrichtung in der Eisenacher Straße. Hier geht es um u3-Betreuung, für die es nunmehr einen gesetzlichen Anspruch gibt. Auch in anderen Kindergärten der Stadt wurden Öffnungszeiten und Betreuungsangebote erweitert. Das ist eine Herausforderung für alle Kommunen. Die SPD wünscht sich darüber hinaus perspektivisch, dass das Betreuungsangebot sogar ohne Gebühren für Eltern auskommt. Aber hier müssen sich Land und Bund um die Finanzierung sorgen. Ohnehin zahlt die Kommune den Löwenanteil von etwa 85 Prozent bei den Platzkosten. Gebührenfreiheit für Kindergärten darf nicht abhängig sein vom Reichtum einer Kommune.

Aber auch in anderen Bereichen der Kommune wurde investiert und entwickelt. Wir haben die Stadtsanierung (aktuell: Renovierung der Hintergasse, inklusive Kanal und Wasser) und die Dorferneuerung in Richen (aktuell: Platzgestaltungen und Bepflanzungen im Friedhofsbereich) weitergeführt. Auch ein großer Brocken beim Sanierungsstau von Hallen und Sälen ist gestemmt: Der erste und größte Sanierungsabschnitt des Bürgerhauses in Klein-Umstadt. Wer unsere Spielplätze kennt, kann erkennen, dass diese sukzessive neu gestaltet und mit Spielgeräten bestückt werden.

Diese Liste lässt sich fortsetzen und zeigt, dass wir in Groß-Umstadt nicht stehen bleiben oder stehen geblieben sind. Und dennoch ist es unserem Bürgermeister mit der Verwaltung gelungen, nicht nur neue Projekte umzusetzen sondern auch wieder ausgeglichene Haushalte zu erwirtschaften. Damit ist trotz weiterer Konsolidierung wieder mehr Gestaltungsspielraum möglich.

Die Agenda der nächsten Jahre für die SPD, die Kommunalpolitik insgesamt, unseren Bürgermeister und unsere Verwaltung ist heute schon erkennbar umfangreich. Wir müssen Gewerbegebiete entwickeln, um uns nachhaltig zu finanzieren und zu stabilisieren – die Welt ist noch nicht gewappnet gegen neue Krisen. Neue Wohnbaugebiete wurden entwickelt und die nächsten stehen schon an. Das Infrastrukturprojekt Nordspange hat seinen nächsten Planungsschritt hinter sich. Natürlich gibt es gerade hier Kritik von Seiten Betroffener, mit der wir umgehen müssen. Aber verkehrstechnisch ist die Nordspange weiterhin ein Muss für unsere Zu-



kunft. All dies findet nicht nur in der Kernstadt statt. Die Gremien haben genauso Stadtteile im Blick für mögliche Erweiterungsflächen. Eine besondere Herausforderung der Zukunft wird bei der Entwicklung neuer Flächen der soziale Wohnungsbau werden.

Neben den rein städtischen Themen kümmern wir uns auch um Themen des Kreises bzw. der Region, die uns

betreffen. Bürgermeister Ruppert pflegt nicht nur einen guten Kontakt zum Landratsamt sondern ist ehrenamtlich Mitglied des Kreistages. Auf Kreisebene gibt es auf den zweiten Blick mehr, das Groß-Umstadt betrifft, als man zuerst denkt. Ein Beispiel ist das Krankenhaus – für uns als Standortfaktor immens wichtig. Das Bettenhaus soll neu und niedriger entstehen und der Turm ein Stück abgetragen werden. Diese Modernisierung ist zeitgemäß und dringend notwendig. Die SPD weiß, dass der Standort auch seine Probleme hat. Wir wissen aber auch um die Bedeutung für Groß-Umstadt als Gesundheitsstandort. Besonderen Augenmerk werden wir bei aller Unterstützung der Modernisierung auf den Verkehr und das Parken haben müssen.

Der Kreis ist auch Schulträger. Hier gibt es für Groß-Umstadt viele wichtige Projekte. Das MPG braucht neue Räume und man befindet sich in den ersten Teilprojekten mit dem Neubau für die Verwaltung auf dem Gelände Garten und im Dachgeschoss des Wambolt'schen Schlosses. Aber das reicht perspektivisch nicht, es müssen weitere Räume geschaffen werden. Die Ernst-Reuter-Schule wartet dringendst auf die Renovierung, die geplant wird und Ende 2017

in die Realisierung gehen soll. Aber auch die Geiersbergschule und die Wendelinusschule werden sich verändern, um mehr und bessere Ganztagesangebote bieten zu können.

Und dann sei noch der Rückblick auf das Breitband-Projekt gestattet. Wir haben endlich Bandbreiten bis zu 100Mbit in unserer Stadt und vor allem in allen Stadtteilen. Ein gelungenes Projekt einer interkommunalen Zusammenarbeit. Es gibt noch Bereiche, in denen nachgearbeitet werden muss oder besondere Lagen, aber die Basis ist geschaffen. Die Stadtverwaltung hat bereits auf einen SPD-Antrag hin mit einer Digitalisierungsinitiative begonnen und vom Rathaus aus wird der Marktplatz mit einem freien Internet abgedeckt. Hier sollen weitere Schritte folgen. Wir lieben unsere Kultur und Tradition, sind aber gleichzeitig ein modernes Mittelzentrum.

Blicken wir bei all dem, was wir noch vorhaben, in den Haushalt, so hat der Bürgermeister für 2017 einen Haushalt mit einem geplanten Überschuss von ca. 600.000EUR im ordentlichen Ergebnis eingebracht. Das lässt uns positiv nach vor schauen und selbstbewusst feststellen, dass vieles richtig gemacht wurde.

Schulkindbetreuung – ein Thema der Kommune?

Eltern kennen das Thema in der Grundschule: Die Schule ist aus und man benötigt noch weitere Betreuung für die Kinder. Wir haben im Landkreis eine heterogene Landschaft mit dem Landkreis selbst als Träger, freien Trägern und Fördervereinen. Die letzten beiden Modelle haben wir auch in Umstadt. Unterschiedlich wie die Trägerschaft und die Finanzierung ist auch die Ausgestaltung: mit und ohne Hausaufgabenbetreuung, mit und ohne Vollverpflegung...

Nunmehr hat die Landesregierung den *Pakt für den Nachmittag* ins Leben gerufen. Aus Sicht der SPD ein Schritt in die richtige Richtung. Grundidee ist, dass die schulisch Verantwortlichen Angebote bis 14.30Uhr garantieren und anschließend die Kommune sich mit Betreuung bis 17.00Uhr beteiligt, gleichfalls kostenpflichtig für die Eltern. Die Kommunen bleiben zwingend zum Teil in der Pflicht, weil es das eine ohne das andere nicht geben darf. Entscheiden für den Pakt muss die Schulgemeinde. Für die Kommune ist es finanziell nicht unerheblich, ob die Schulen diesen Weg gehen. Heute kosten die Angebote für Umstadt in Summe zwischen 150.000 und 200.000 Euro pro Jahr. Im Landkreiskonzept für die Umsetzung des Paktes fiele derzeit eine Pauschale von etwas über 6200 Euro pro Gruppe an. Also ist eine Umsetzung des Paktes nicht nur qualitativ, inhaltlich ein Fortschritt sondern bedeutet eine große finanzielle Entlastung für die Kommune.

Warum aber bis 17.00Uhr verbindlich Betreuung angeboten werden muss, auch wenn kein nennenswerter Bedarf von Eltern gemeldet wird, ist unverständlich und benachteiligt gerade die kleinen Grundschulen im ländlichen Raum. Das Konzept ist wohl für die großen Städte entstanden. Hier muss nach Auffassung der SPD dringend nachgebessert werden, um die kleinen Schulen – die es auch in Groß-Umstadt gibt – perspektivisch nicht unattraktiv werden zu lassen.

Wir haben aktuell in Groß-Umstadt unterschiedliche Angebote mit engagierten Fördervereinen oder der AWO als Träger. Auch der *Pakt für den Nachmittag* benötigt Partner. Konkret sind die größeren Grundschulen und die Grundschule im Grünen (Semd) auf dem Weg in den *Pakt für den Nachmittag*. Es ist uns wichtig, den *Pakt für den Nachmittag* nicht nur als Betreuungsangebot verstanden zu wissen. Wir erwarten auch eine Qualitätsverbesserung unserer Bildungslandschaft. Wenn die Kinder aus der Grundschule nach Hause kommen, sollen sie Zeit und Muse für Freizeit und Vereine haben, dann sollten auch die „Hausaufgaben“ und Förderangebote „erledigt“ sein.





Sauberkeit ist immer wieder ein „Aufreger“. Unter dem Logo „Sauberes Umstadt“ bewirbt seit einigen Jahren die Stadt das Thema. Es geht um Aktionen, um Informationen, Hinweise auf Regeln und oft leider auch um Berichte über wilden Müll. Letzteres ist ein Ärgernis für alle, aber vor allem kostenintensiv für die Stadt bzw. den Landkreis. Jedes Jahr müssen aus den öffentlichen Kassen Zehntausende von Euro dafür aufgebracht werden. Es kann nicht hingegenommen werden, dass einzelne die Umwelt verschandeln oder gar gefährden, nur weil sie ein paar Euro für eine Entsorgung sparen wollen. Oder weil sie einfach zu faul sind, sich darum zu kümmern. Und gerade, wenn es um illegale Entsorgung in Wald und Flur oder von umweltgefährdenden Stoffen geht, ist dies kein Kavaliersdelikt mehr

Das wichtigste Thema für viele sind aber der Hundekot und achtlos weggeworfene Zigarettenkippen, die sich dann beispielsweise in den Fugen des Pflasters oder in der Umwelt sammeln. Muss das sein? Die Stadtverwaltung hat aktuell zwei Aktionen zur Verbesserung, aber insbesondere zur Sensibilisierung zu diesen Themen in der Umsetzung.

Hier passt jeder

Haufen rein



Beim Thema Hundekot sind in der Regel die Halter das Problem. Die meisten kennen die Regeln und halten sich daran. Sie haben immer vorbildlich ein Tütchen zum Entsorgen dabei und kümmern sich um die Hinterlassenschaft ihrer Vierbeiner. Aber es gibt auch die, die das nicht tun und dann das Bild erzeugen, dass alle Hundebesitzer ihre Hunde überall hinmachen lassen. Es ist „eigentlich“ nicht Aufgabe der Stadt oder betroffener Anlieger, hier ständig hinterher zu kehren. Das kann niemand leisten und es ist ärgerlich und eklig auf dem Bürgersteig vor dem eigenen Haus „Tretminen“ vorzufinden. Deshalb wird die Stadt in besonderen Bereichen mit dem Vermerk „Hier passt jeder Haufen rein“ zusätzliche Entsorgungsmülleimer platzieren. Einige Ortsbeiräte haben schon die sensiblen Stellen



ihrer Ortsteile benannt. Das hat natürlich Grenzen, schließlich kann die Stadt nicht Hunderte neuer Körbe hängen. Aber sie kann ein Angebot in beliebten Hundespaziergangsbereichen machen und damit sensibilisieren. Das Versorgen mit Plastiktüten sollen weiterhin die Hundebesitzer selbst übernehmen. Die Beutel dazu gibt es im Fachhandel in Groß-Umstadt.

„DascheAscheBescher“

Das Problem der Zigarettenkippen haben wir überall. Sie werden achtlos fallengelassen, weggeschnippt oder aus dem Autofenster geworfen. Die Kippen sind weit mehr als nur ein ästhetisches Problem. Eine Kippe zersetzt sich erst nach Jahren und dann geraten Hunderte schädliche Chemikalien in die Umwelt. Eine Zigarettenkippe ist Müll und gehört entsorgt.

Deshalb startet das Stadtmarketing eine Aktion mit kleinen Aschenbechern für die Tasche, auf hessisch: „DascheAscheBescher“. Die gibt es für kleines Geld ab dem neuen Jahr beispielsweise im Umstadtbüro. Damit kann man als Raucher unterwegs Umweltbewusstsein zeigen. Man kann sie auch verschenken, sozusagen als Wink mit dem Zaunpfahl für ein Stückchen mehr sauberes Umstadt.



Impressum

Hrsg: SPD Groß-Umstadt, Redaktion: Karl Dörr (V.i.S.d.P.), Jutta Grimm-Ruppert, Dr. Jens Zimmermann

Bundshaushalt 2017: 20 Milliarden Euro mehr für Länder und Kommunen

Mit rund 20 Milliarden Euro wird der Bund die Länder und Kommunen bis 2019 unterstützen. Das hat der Bundestag mit einem weiteren Gesetz zur Entlastung von Ländern und Kommunen entschieden.

„Mit dem Gesetz setzen wir eines der Ziele des Koalitionsvertrags um: die Entlastung der Kommunen bei Sozialausgaben um 5 Milliarden Euro jährlich“, freut sich der Bundestagsabgeordnete für Groß-Umstadt Dr. Jens Zimmermann. Für die Kommunen in Hessen bedeutet das nach Berechnungen des Deutschen Städte- und Gemeindebunds eine jährliche Entlastung von etwa 408,4 Millionen Euro. Außerdem wurden für das kommende Jahr zusätzlich rund 30 Millionen Euro für die Entwicklung der ländlichen Räume, sowie 75 Millionen Euro für die Verlängerung des Programms „Altersgerechtes Umbauen“ beschlossen.

Die SPD-Fraktion hat sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, einen Verteilungsschlüssel zu finden, der gezielter strukturschwache Kommunen entlastet. Dies scheiterte aber an der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Länder haben durchgesetzt, dass eine Milliarde Euro von den insgesamt 5 Mrd. Euro über die Länderhaushalte fließt. Nun sind sie in der Pflicht, diese Milliarde ungeschmälert an die Kommunen weiterzugeben.

Die SPD-Fraktion hat im Haushaltsausschuss einen Beschluss erwirkt, der die Bundesregierung dazu verpflichtet, über die Verwendung der Mittel in den

Ländern zu berichten. „Wir werden überprüfen, ob die Länder ihr Versprechen halten“, kündigt Zimmermann an. Mit dem Gesetz wurde außerdem eine jährliche Integrationspauschale von je 2 Milliarden Euro für die Jahre 2016 bis 2018 an die Länder beschlossen, sowie die vollständige Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte, arbeitslose Flüchtlinge für die Jahre 2016 bis 2018.

„Die Kommunen leisten einen wesentlichen Anteil der Integrationsarbeit. Insofern sollten die Länder ihre Kommunen an der Integrationspauschale beteiligen. Die Länder sind verantwortlich für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen. Das gilt auch für die Integrationskosten. Der Bund hat seinen Beitrag dazu geleistet“, so Dr. Jens Zimmermann abschließend.

Staubeseitigung zwischen Dieburg und Semder Eck – Finanzierung steht

Nach langwierigen Verhandlungen hat der Bundestag in der ersten Dezemberwoche den Bundesverkehrswegeplan bis 2031 beschlossen. Wichtig für Groß-Umstadt ist dabei die Aufnahme der B45 zwischen Dieburg und Groß-Umstadt. Viele Pendler stehen Morgens und Abends hier im Stau. Aus diesem Grund wurde das Projekt auch in den sogenannten vordringlichen Bedarf eingestuft. Damit steht die Finanzierung von Seiten des Bundes. Der Ball liegt nun beim Land Hessen. Dort muss die Planung jetzt durchgeführt werden. Dazu wird die SPD Groß-Umstadt nun umgehend das Gespräch mit hessen mobil suchen.

NIMM DIR ZEIT ZUM TRÄUMEN,
DAS IST DER WEG ZU DEN STERNEN.
NIMM DIR ZEIT ZUM NACHDENKEN,
DAS IST DIE QUELLE DER KLARHEIT.
NIMM DIR ZEIT ZUM LACHEN,
DAS IST DIE MUSIK DER SEELE.
NIMM DIR ZEIT ZUM LEBEN,
DAS IST DER REICHTUM DES LEBENS.
NIMM DIR ZEIT ZUM FREUNDLICHSEIN,
DAS IST DAS TOR ZUM GLÜCK.

WIR WÜNSCHEN IHNEN EIN
FROHES FEST UND
EIN GLÜCKLICHES
JAHR 2017
IHRE
SPD GROSS-UMSTADT 

